

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 67 (1988)
Heft: 1

Artikel: Die Wahlniederlage aus der Sicht eines Kantonalpräsidenten : kein Bedarf für eine Linkspartei?
Autor: Schmid, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340581>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kein Bedarf für eine Linkspartei?

Von Peter Schmid, Präsident der SP Baselland

«Vom Wechseln der Räder am fahrenden Zug» war in letzter Zeit in unserer Partei immer wieder die Rede. Man mag über das den zitierten Titel tragende Buch von Ruedi Strahm denken, wie man will, ein kritisch unbequemes Gefühl konnte uns bei den Zukunftsgedanken über die SP nicht mehr völlig verlassen. Die Ergebnisse der vergangenen eidgenössischen Wahlen erweckten den noch dramatischeren Eindruck, *wir erhielten das Gefühl, der fahrende Zug habe gar seine Räder verloren.*

Wir wollen eine möglichst nüchterne Einschätzung vornehmen: der Mandatsverlust mag sich noch im Rahmen halten, der Verlust an Wähler- und Stimmenanteil ist jedoch beträchtlich. *Dabei stimmt nicht einfach das einzelne Ergebnis nachdenklich, sondern die Tatsache, dass der Abwärtstrend in bedrohlicher Regelmässigkeit von Wahl zu Wahl zunimmt.* Das macht den Wahlausgang besonders schmerzlich: Es gibt gar keine Möglichkeit, den nackten Tatsachen auszuweichen. Auf der andern Seite scheint es mir sehr schwierig zu sein, eine echte, selbstkritische Begründung zu finden. Ist es so, wie dies von Ralf Dahrendorf behauptet wurde: Das Ende des sozialdemokratischen Zeitalters ist angebrochen?

Ratlosigkeit und Selbstkritik

Ist in unserem Lande kein Bedarf mehr nach einer Linkspartei? Diese Frage drängt sich auf, wenn wir uns die Schwierigkeiten der POCH vor Augen führen und das Dahinserbeln

der übrigen Linksgruppen in Betracht ziehen und gleichzeitig nicht vergessen, dass diese verschiedenen Entwicklungen nicht zu einem Zuwachs der SP führten. Die linke Bedarfsfrage stellt sich mir aber auch angesichts der vielen, sehr rasch erfolgten Ratschläge aus eigenen Reihen, die mich verschiedentlich mehr an bürgerliche Wahlprogramme erinnern, so sehr manchmal, dass ich mir wirklich nichts für eine sozialdemokratische Zukunft erhoffen kann.

Zwei Grundaussagen sind mir in diesem Zusammenhang wichtig:

1. *Wir sollten den Mut aufbringen, eine gewisse Ratlosigkeit auszuhalten.* Es ist für mich nicht denkbar, einfach zur Tagesordnung übergehen zu wollen, aber gleichzeitig nicht NOT-WENDIG, eine überstürzte Richtungsänderung vorzunehmen. Gerade jene Genossinnen und Genossen, die in der SP eine gewisse Richtungslosigkeit zu verspüren meinen, die glauben, unser politischer Kurs sei zu wankelmütig, sollten uns jetzt nicht allzu rasch Veränderungen vorschlagen, die nicht überlegt sind. Sie führen möglicherweise in die Sackgasse des Irrtums. Wir dürfen *nicht nach dem Leitsatz verfahren: Wenn wir schon die Zukunft nicht so genau sehen, so gehen wir wenigstens mutig zurück!*

2. Selbstkritik ist nötig. *Nur darf diese Selbstkritik nicht unpolitisch ausfallen.* Natürlich gibt es auch bei uns Fehler, Irrtümer, Rivalitäten – ich kann allerdings nicht erkennen, dass dies bei andern politischen

Parteien nicht in etwa gleichem Ausmass der Fall wäre. Denken wir nur an das geradezu peinliche Formen annehmende Kandidatengerangel in bürgerlichen Parteien vor den eidgenössischen Wahlen. *Unpolitisch wäre für mich eine Analyse, die alle Ursachen nur bei uns selber sucht.* Analysen, die so tun, als gäbe es keine Machtfrage mehr, keinen Einfluss der Medien; als wäre unser gesamtes Gesellschaftsgefüge durch und durch demokratisch gestaltet, so sehr, dass es alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ständig und immerdar zur aktiven Mitgestaltung und Mitbestimmung einlädt. Ich warne in der Selbstkritik vor Selbstüberschätzung. Wir sind eine Minderheit und als Minderheit nicht plötzlich für das Gesamte haftbar zu machen.

Ich nehme zu einigen Vorschlägen und Kritikpunkten Stellung, die mich auf unterschiedliche Weise in den vergangenen Wochen erreichten: *Die SP hat sich zu sehr von der Basis entfernt und muss wieder die wirklichen Interessen der Arbeiterschaft wahren!*

Es fällt hier vor allem das trügerische Wörtlein «wieder» ins Auge. Schon steigt er vor unsern Augen auf, der Traum der Fabrikto-re, aus denen nach Feierabend die Arbeiterschaft im blauen Übergwändli herausquillt. Diese *Arbeiterromantik halte ich für sehr trügerisch*, denn diese Zeiten waren doch wirklich nicht so golden! Das sage ich auch jenen umweltpolitisch engagierten Kreisen, die nicht nur bei der Verwirklichung der Luftreinhalteverordnung, sondern mit der ganzen

gesellschaftlichen Situation zurückkehren wollen in die fünfziger Jahre.

Haben nicht gerade SP und Gewerkschaften dafür gekämpft, dass sich die Lage der Arbeiterschaft verbessert und damit verändert. Die Basis der Gründerjahre gibt es nicht mehr, nicht weil wir heute alles falsch machen, sondern weil eine von uns teilweise unterstützte Veränderung der Arbeitswelt eingetreten ist, so dass nur noch etwa 12 Prozent unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dem klassischen Bild entsprechen. Da ist etwas verlorengegangen, das wirklich nicht nur, aber immerhin auch seine wertvollen Seiten hatte, das aber bestimmt in derselben Form nicht mehr kommen wird. Ich bestreite damit nicht, dass gerade für den Rest der «klassischen» Basis und für die lohnabhängigen Arbeitenden noch so mancher weitere Fortschritt zu erkämpfen wäre.

Es gehört seit Jahrzehnten zu unseren Zielen, für unsere Kinder und Jugendlichen eine echte Chancengleichheit zu erkämpfen. Sie ist nicht einfach verwirklicht, aber dennoch sind die Wahlmöglichkeiten bei Ausbildungswegen wesentlich grösser und unabhängiger von der wirtschaftlichen Lage des Elternhauses. Es kann doch eigentlich gar nicht anders sein, als dass sich auch unsere Basis in ihrer Zusammensetzung ändern musste. Was nun das Verhältnis zur sogenannten Basis betrifft, so glaube ich, dass wir gegenwärtig in der SP Baselland einen toleranten, weitgehend demokratischen Stil verfolgen. Parteiorgane und Mandatsträgerinnen und Mandatsträger wurden allesamt vorgeschlagen und mit Mehrheiten nominiert. Eine offensichtlich empfundene Entfremdung muss andere Ursachen haben. Hier füge ich eine nächste, oft gehörte Aussage

bei: *Die SP befasst sich zu sehr mit Umweltpolitik und setzt sich zu stark für die Asylanten ein!*

Sehr oft wird dieser Kurs mit der Mitgliedschaft vieler Intellektueller und Lehrer in einen direkten Zusammenhang gebracht. Somit entsteht eine gefühlsbetonte Stimmung, die sich etwa so umschreiben liesse: *Weniger Intellektuelle, weniger Lehrer, weniger Umweltschutz, weniger Asylanten und dann folgt die grosse Leere!* Wenn nämlich dieser emotionale Dampf abgelassen ist, taucht die nüchterne Frage auf, *welches «Mehr» auf alle diese «Weniger» folgen müsste. Mit «mehr Umweltbelastung», «mehr Atomenergie», mehr «Ausländerfeindlichkeit» lässt sich wirklich keine sozialdemokratische Politik machen.* Ich äussere diese Gedanken ohne Überheblichkeit, ich weiss wohl, dass da viel Geduld gefragt ist. Jene Geduld, die nach Konrad Fahrner die *hervorragendste Eigenschaft des Revolutionärs* ist, auch die wichtigste Eigenschaft des Reformpolitikers, möchte ich zufügen. Das Verhältnis vieler Parteigenossen und Gewerkschaftskollegen zur Umweltpolitik erinnert mich an die alte orientalische Geschichte, wonach der Überbringer einer schlechten Nachricht geköpft wird. Natürlich möchte man zuweilen nichts mehr hören von all diesen unerfreulichen Dingen, wenn doch gerade die eigenen kunstgedüngerten Geranien so herrlich farbig (natürlich rot) blühen. Ein lieber Freund erzählte mir von seinem jugendlichen Sohn, der in einer fachkundigen Zeitschrift über den Zustand unserer Meere, über die Gefahr des Umkippens liest und der nach einer politischen Partei sucht, die ihn in seiner Sorge ernst nimmt. Sollte sich dieser Sohn eines Genossen nicht auch an die SP wenden dürfen? *Die Umweltpolitik stellt für unsere Partei eine*

grosse Herausforderung dar, weil wir gezwungen sind, auch das persönliche Verhalten unserer Mitglieder und unserer Wählerinnen und Wähler anzusprechen. Billiger ist Umweltpolitik gegenwärtig nicht zu haben. Damit behaupte ich jedoch nicht, dass auf diesem Gebiet Einfluss, Macht und Verantwortung einfach gleichmässig verteilt sind.

Noch ein Wort zur Asylantenfrage: Hier fallen häufig harte Worte. In einem Brief war sogar von Verrat die Rede. Die SP hätte *durch ihre Asylpolitik Verrat* geübt. Auch hier die Rückfrage: *Verrat an wem denn eigentlich? Sicher nicht an den alten sozialdemokratischen Grundsätzen der internationalen Solidarität.* Doch immer wieder bricht die merkwürdige *Vorstellung durch, dass ohne Asylanten die Wohnungen billiger, die Arbeitsplätze sicherer und lebendiger und die Lohntüten voller wären; alles in allem ziemlich grausame Illusionen.* Es mag sein, dass wir zuweilen für die Sorge unserer Leute ein zu kleines Ohr haben und damit mitverantwortlich sind für solche schiefe Verknüpfungen verschiedener Probleme. Ich wage dennoch die Behauptung, dass die SP keine andere Haltung in der Asylantenfrage einnehmen konnte, als sie dies tat. *Es war und ist eine Position, die nicht in erster Linie das Wählerpotential, sondern die humanitäre Tradition, schlichter ausgedrückt, einfach Menschlichkeit im Auge hatte.* Darauf bin ich eigentlich stolz, und ich müsste mich schon sehr täuschen, wenn nicht in ferner Zukunft – falls wir diese erleben – die Haltung linker und kirchlicher Kreise in der rückblickenden Bewertung günstig abschneiden wird. Schliesslich hören wir noch weitere Äusserungen: *Es geht allen zu gut*, wenn es den Leuten schlechter geht, hat die SP wieder bessere Zeiten!

Wieder die Rückfrage: *Wem geht es zu gut?* Vielleicht dem ausgesteuerten Arbeitslosen im Alter von 56 Jahren oder den Bezüglern der Ergänzungsleistung? Wir sehen, von «allen» kann da wohl kaum die Rede sein. Ich bestreite auch, dass es diesen Zustand des «Zu-gut-Gehens» überhaupt gibt; allenfalls da, wo wir das Verhältnis zur Dritten Welt mit einbeziehen, könnte man mit Recht diese Worte gebrauchen. Ich glaube vielmehr, *dass wir in unserem Lande in einer gezielt aufgebauten, sehr gefährlichen Illusion leben.* Wir erlauben uns Illusionen über die Sicherheit unserer Arbeitsplätze und glauben, dass Arbeitslose an ihrem Schicksal selbst schuld sind.

Wer ein Reihenhäuslein mit wenigen Metern Grundbesitz sein eigen nennt, glaubt sich schon in der gleichen Interessenlage mit Spekulanten und Grossgrundbesitzern zu wissen. Eine Billigreise in die ferne Welt vermittelt das Gefühl eines direkten Zuganges zur ganzen Welt. Doch das ist alles recht zerbrechlich. Was geschieht, wenn der Einbruch kommt? Man verarmt auch hierzulande recht schnell. Davon haben wir in der neusten Zeit wiederum eine leise Ahnung erhalten. Zwar ist unser soziales Netz so geknüpft, dass man nicht verhungert, aber wer vollständig auf die Hilfe dieses Netzes angewiesen ist, kennt andere Sorgen, als an die Urne wählen zu gehen. Wo die Not am grössten ist, ist der Stimmzettel am entferntesten! Das Warten auf den grossen Einbruch stellt somit keine Zukunftsperspektive für die SP dar.

In diesem Zusammenhang haben wir auch die Auswirkungen grosser Umweltkatastrophen falsch eingeschätzt. Der Zustrom zu uns blieb nach Tschernobyl und Schweizerhalle aus. Nachdem auch mei-

ne Illusionen verflogen sind, sehe ich folgendes Bild: *Die Konservativen sind noch konservativer geworden* (jetzt erst recht bürgerlich), *die Entmutigten noch entmutigter und bleiben den Abstimmungen und Wahlen fern, die engagierten Umweltfreunde werden radikaler und wählen: Grün!* Für uns bleiben die Brosamen, und wir sind um eine Fehleinschätzung reicher geworden.

Wie soll es weitergehen?

Nachdem ich nun zu verschiedenen Vorstellungen dicke Fragezeichen gemalt habe, ist es natürlich jetzt richtig, wenn ich auch einige Zukunftsgedanken äussere.

1. Wenn ich unser Parteiprogramm, die politischen Aussagen vor den Wahlen, aber auch die Baselbieter SP-Wahlplattform zur Hand nehme, *so sehe ich weder Möglichkeit noch Notwendigkeit zur Formulierung einer grundlegend neuen Politik.* Ich glaube aber, dass wir zuweilen mit politischen Forderungen aufgetreten sind, die wir im eigenen Hause zu wenig abgesichert haben. Wir fassen viel zu viele völlig unverbindliche Parolen, leisten zu wenig Überzeugungs- und Gewinnungsarbeit. Für diese Gewinnungsarbeit sehe ich aber keine neuen Druckerzeugnisse, sondern fast nur die persönliche Begegnung.

2. Damit Raum gewonnen wird für echte Gespräche, *müssen unsere Traktandenlisten belebt werden.* Vergessen wir bei diesen Bemühungen nicht, dass starre Strukturen und Versammlungsabläufe zwar einerseits hemmend wirken, gleichzeitig eine gewisse Sicherheit bieten. Einige Sektionsvorstände mussten da schon Enttäuschungen erleben. Sorgfalt und Durchhaltewillen sind nötig.

3. Mut zur wirklichkeitsgerechten Einschätzung unserer Mög-

lichkeiten! Es ist wirklich rührend, wie wir uns bemühen, *alle möglichen Posten möglichst nach den Regeln des freiwilligen oder durch Wahlen erzielten Parteienproporz zu besetzen.* Da nehmen wir alle Aufgaben fast gleich ernst, ob es sich um die Mitgliedschaft bei der Friedhofskommission, der Dorfmarktkommission oder im Gemeinderat handelt. Ich frage mich, ob das wirklich einen Sinn hat, ganz besonders wenn noch nach dem unausgesprochenen Grundsatz gehandelt wird: *Lieber eine ungeeignete Kandidatur als gar keine!* Wir können diese Linie weiterziehen: Wir behandeln an unsern Versammlungen alle Geschäfte der Gemeindeversammlung, obgleich die meisten unbestritten sind. Die Landratsfraktion spricht über jeden persönlichen Vorstoss, obwohl die Hälfte dieser Bemühungen ohnehin im Leeren strandet. So entsteht der berechtigte Eindruck, dass wir Sozialdemokraten stets reagieren, aber nie Zeit und Kraft finden, einmal einen Entwurf zu wagen.

4. Unsere Sektionen könnten zu echten Erfahrungsgruppen im Zusammenleben in einer Gemeinde werden. Dabei ginge es darum, Erfahrungen, die wir im Alltag machen, in direkte politische Aktionen einmünden zu lassen. Sehr viele Alltagsfragen entpuppen sich letztlich als politische Aufgaben. Ich nenne mögliche Themen: *Wie gehe ich mit meinen Abfällen um? Was geschieht, wenn ich krank bin? Wie und wo lebe ich, wenn ich alt werde? Wie erreiche ich den Bahnhof meiner Wohngemeinde?* Das sind letztlich alles politische Fragen, die in unserer bürgerlichen Gesellschaft oft dem Einzelnen zur Lösung überlassen werden. Da müssten wir Sozialdemokraten doch eine andere Sicht entwickeln, zum Beispiel Lösungen verlangen,

die nicht einfach auf der Gratisarbeit der Frauen beruhen. *Zwei Dinge möchte ich bei diesen Bestrebungen keinesfalls aufgeben:*

1. *das Zusammengehen mit den Gewerkschaften;*
2. *die Übernahme eines Aufbaus des sozialen Schutzwalles für alle jene, die dies nicht aus eigenen Mitteln tun können.*

Gewerkschaften und SP sind gleichermassen aufgeschreckt und nun auch gleichermassen gefordert. Partei und Gewerkschaftsbund dürfen nicht den berühmten Eseln gleichen, die sich gegenseitig Langohr (oder gar Schlitzohr) schimpfen. Wir haben ähnliche Probleme, und die Frage, wer sie noch etwas mehr hat, ist müssig. Aber ver-

ändern müssen sich beide, der Zuwachs hielt sich beiderseits in Grenzen! Gemeinsam könnten wir beispielsweise der Frage nachgehen, ob sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den untersten Lohnklassen und in wenig privilegierten Lebensverhältnissen wirklich nicht organisieren lassen. Es wäre ja denkbar, dass unsere

Eine Stimme aus dem Wallis

Fortschritt in der Krise

Wahlkommentar aus der «Roten Anneliese»

Vor den Wahlen sprach alles für einen rot-grünen Sieg. Die Umfragen sahen für die SP ein Spitzenergebnis voraus. Den Grünen wurde eine starke Fraktion vorausgesagt. In der Wahlnacht herrschte links der CVP schweizerisch Katzenjammer:

- *Die SP hatte den grössten Rückschlag ihrer Geschichte erlitten.*

- *Die bürgerlichen Grünen schafften keinen Durchmarsch.*

- *Die alternativen Grünen scheiterten in vielen Kantonen, und selbst die Gründung einer eigenen Fraktion wird zur Zangengeburt.*

Ernüchterung und Ratlosigkeit quer durch das ganze Spektrum. Und sogleich begann jeder sein Süppchen zu kochen:

- *Für Rudolf Strahm war klar, dass sich die SP endlich effizienter organisiert und unter neuer Führung nach rechts bewegen sollte.*

- *Fritz Reimann mahnte in der «Weltwoche»: «Die SP sei die SP», und forderte die Gewerkschafter/-innen – welche sich selbst in den eigenen Organisationen oft*

nicht mehr «motten» – zum Marsch durch die Institutionen der Partei auf.

- *Parteileitung und Sekretariat versuchten die Wogen zu glätten. Die SP-Fraktion wählte – die Schere im eigenen Kopf – jenen Bundesratskandidaten, der den Bürgerlichen passt.*

Alle bisherigen Erklärungen greifen zu kurz, gehen an den Resultaten und Widersprüchen dieses Wahlganges vorbei:

- *Warum kann sich im konservativen Thurgau ausgerechnet Thomas Onken als Ständerat durchsetzen, wo doch sogenannte «Linksintellektuelle» schuld am Niedergang der Partei sein sollen?*

- *Warum fielen dem Rückschlag der SP in erster Linie jene SP-Politiker zum Opfer, die mit angezogener Handbremse politisieren?*

- *Warum verliert ausgerechnet die Linke die Wahlen, obwohl die Mehrheit der Schweizer/-innen nicht nur eine soziale und umweltfreundliche Politik will, sondern zugleich beim Militär sparen möchte?*

- *Warum schafft das rot-grüne Spektrum in Regionen wie Oberwallis, Jura, Schaffhausen, Schwyz, Uri und*

Graubünden Fortschritte, während die Zentren sich im bürgerlichen Morast sichtlich immer wohler fühlen?

Unser Standpunkt: Sowohl die Führung des Gewerkschaftsbundes wie der SP-Schweiz nehmen das Ausmass der Krise nicht genügend wahr. Anstatt gemeinsam eine neue Politik zu formulieren, schieben sie sich gegenseitig den schwarzen Peter zu. Obwohl zu lösende Aufgaben im Raum stehen:

- *Die Gesellschaft ändert sich. Die Positionen der Gewerkschaften und der Linken müssen diesem Wandel mitgestaltend Rechnung tragen. Die Konzepte der Zukunft müssten unsere Handschrift tragen.*

- *Eine gute Politik zahlt sich nur aus, wenn sie vermittelt wird. Die besten Konzepte taugen nichts, wenn die SP ihre letzten Zeitungen verliert und die Gewerkschaften über ihre Blätter verstaubte Langleweile verbreiten.*

Das gleiche gilt für Kritik und Kritiker: Stimmen werden nicht gewogen, sondern gezählt. In vier Jahren wird nachgezählt, ob die schweizerische Linke aus dieser Niederlage etwas gelernt hat.

Strukturen, Versammlungsge-
wohnheiten und Beitragsforde-
rungen verschiedenste mögli-
che Zielgruppen von vorneher-
ein ausschliessen.

Persönlich glaube ich nicht,
dass die SP ihre Aufgabe als so-
zialer Schutzwall eigentlich
vernachlässigt hat. Wenn ich
an die Landratsdebatte zum
Thema soziale Krankenversi-

cherung denke, so meine ich,
die SP bemühte sich da, ihre hi-
storisch bedeutsame Rolle voll
zu erfüllen. Soziale Forderun-
gen wurden durch uns nicht
vernachlässigt, sie sind in der
Wahrnehmung nur in der Tat
durch umweltpolitische The-
men verdeckt worden. Wir le-
ben auch im sozialpolitischen
Bereich in einem merkwürdi-

gen Widerspruch. Nach wie
vor zeigen Untersuchungen,
dass wir bei weiten Kreisen der
Bevölkerung über ein gewisses
sozialpolitisches Vertrauen ver-
fügen. Um hier jedoch erfolg-
reicher politisieren zu können,
benötigten wir andere Mehr-
heiten, doch gerade die wurden
uns verweigert.

Hat die SP die Anliegen der Industriearbeiter vernachlässigt?

Gewerkschaften ohne Sozialdemokraten? Sozialdemokraten ohne Gewerkschafter?

Von Nationalrat Fritz Reimann

Nach den Wahlen im Oktober hat der Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Fritz Reimann, in der «Weltwoche» öffentlich über die Niederlage der Sozialdemokraten nachgedacht. Seine Thesen, wonach die SP die Anliegen der Arbeiterschaft und somit ihre traditionellen Wähler sträflich vernachlässigt habe, hat in zahlreichen Parteisektionen einiges Aufsehen, aber auch Proteste ausgelöst. Wir stellen hier den Beitrag von Fritz Reimann unseren Leserinnen und Lesern zur Diskussion. Fritz Reimann ist Verbandspräsident des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeitnehmerverbandes und sitzt für den Kanton Bern seit 1979 im Nationalrat.

Es ist erstaunlich, wie rasch man nach dem 18. Oktober mit dem Verdikt bei der Hand war, die Gewerkschaften trügen die Schuld am Wahldebakel der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Das dürfte wohl ein sehr voreiliger Schluss gewesen sein. Es muss gewiss nicht darüber gestritten werden, ob die SPS die Wahlen

verloren habe. Schwieriger wird es, wenn der Frage nachgegangen werden muss, wer dafür die Verantwortung zu tragen habe. Bei allem Verständnis dafür, dass Kopfjägeri und das Ausspähen von Sündenböcken kein sehr kreativer Vorgang in der Ursachenforschung ist, müssen die Gründe dieser Wahlniederlage rasch gefunden und die notwendigen Schlussfolgerungen gezogen werden. Diesbezüglich sind erst eindeutige Ergebnisse zu erwarten, wenn die Zahlen vorliegen, aus denen die Fremdstimmen, die reinen Listenwähler und die Streichungen und Kumulationen hervorgehen. Darauf müssen wir bis nach Neujahr warten.

Sicher müssen auch die Gewerkschaften über die Bücher und ihr Verhältnis zur und ihre Rolle in der Politik auf bundesparlamentarischer Ebene neu überprüfen. Ganz so einfach wird dies gar nicht sein: Über 60 Prozent der Mitglieder der Gewerkschaft Bau und Holz beispielsweise sind politisch sprachlos, weil ausländische Staatsangehörige. Der Anteil

der Ausländer wächst auch beim SMUV, insbesondere in den bevölkerungsreichen städtischen Agglomerationen. Die Ausländer machen bei den Metall- und Uhrenarbeitern heute schon bald 30 Prozent aus; auch sie sind politisch sprachlos.

Der Präsident des Schweizer Freisinns trifft deshalb mit seinen Unkenrufen nach einer Arbeitervertretung ohne Sozialdemokratie am Ziel vorbei. Dies ist keine Lösung, allerdings nicht deshalb, weil man diese Aufgabe nicht «braven Gewerkschaftern» überlassen könne, wie Genosse Gross in der «Weltwoche» meinte. Weder Max Weber noch Hans Peter Tschudi noch Willi Ritschard noch Otto Stich, die alle das Vertrauen der Gewerkschaften genossen, können als «brave Gewerkschafter» abgestempelt werden. Und manche Bestimmungen in der schweizerischen Sozial- und Arbeitszeitgebung trägt die Handschrift von Gewerkschaftern. Nein: die Gewerkschaften können ohne die Kraft der Sozialdemokratie ihre politischen